

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

Bundeshaushalt: Berlin profitiert

Bei den Beratungen für den Bundeshaushalt 2014 sind einige für Berlin besonders wichtige Entscheidungen gefällt worden. Hervorzuheben sind die Beschlüsse für die regionale Strukturpolitik, zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die Kulturförderung, den Städtebau sowie die Bildung. Die Hauptstadt erhält Planungssicherheit bei den Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen für die neue Förderperiode ab 1. Juli 2014. Die GRW-Mittel (Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) im Bundeshaushalt werden entgegen früherer Planungen schrittweise auf 624 Millionen

Euro anwachsen. Der Senat kann – und sollte – nun sicherstellen, dass die Berliner Mittel in Höhe von rund 63 Millionen Euro 2014 auch tatsächlich abgerufen und sinnvoll eingesetzt werden. Deutlich mehr Geld steht zudem für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung. In diesem Jahr werden hier die Mittel insgesamt um 325 Millionen Euro aufgestockt, von denen Berlin 33 Millionen Euro erhält.

Die Kulturförderung des Bundes ist für Berlin von besonderer Bedeutung. Davon werden in der Hauptstadt so wichtige Projekte wie die neue Barenboim-Said Akademie, der Martin-Gropius-Bau, das Jüdische Museum und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz unterstützt. Für das „Haus der Kulturen der Welt“ hat der Haushaltsausschuss in der Bereinigungssitzung darüber hinaus zusätzliche 15 Millionen Euro für ein neues, mehrjähriges Ausstellungsprojekt zum 1. Weltkrieg bereitgestellt.

Von der deutlichen Anhebung der Mittel der Städtebauförderung können die Stadtteile Berlins, die dringend Unterstützung benötigen, pro-



fitieren. Insgesamt werden die Mittel um 245 auf 700 Millionen Euro angehoben, darunter die Mittel für die Projekte der Sozialen Stadt auf 150 Millionen Euro mehr als verdreifacht.

Schließlich begrüßt der Haushaltsausschuss die Einigung von Bund und Ländern, wonach der Bund künftig das BAföG voll übernimmt. Berlin wird dadurch aufgrund der hohen Zahl der Schüler und Studierenden überproportional entlastet: Rund 80 Millionen Euro stehen ab 2015 dauerhaft jedes Jahr zusätzlich für Bildung zur Verfügung. Dieses Geld muss nun auch tatsächlich in den Kitas, Schulen und Hochschulen ankommen. Der Haushaltsausschuss hat darum beschlossen künftig genauer hinzuschauen, welchen Beitrag die Länder zur Steigerung der Bildungsinvestitionen leisten.





Liebe Genossinnen und Genossen,

das war meine Premiere: als neues Mitglied des Haushaltsausschusses habe ich die ersten Beratungen eines Bundeshaushaltes direkt mitgestaltet. Ich bin für den Bereich Bildung und Forschung zuständig – und bin auch im Rückblick zufrieden mit dem, was ich im Rahmen der Möglichkeiten in dieser Großen Koalition erreicht habe: Mehr Mittel für Alphabetisierung und Grundbildung, Berufsorientierung, junge Wissenschaftler, Arbeits- und für Friedensforschung und anderes mehr. Dafür Kürzungen beim von uns immer kritisierten „Deutschland-Stipendium“ und zu hoch dotierte internationale Forschungsprojekte.

Darüber hinaus habe ich nach Kräften zu einem wichtigen Beschluss der Koalition beigetragen: Obwohl es das BAföG als Fundament der sozialen Bildungsfinanzierung nicht in den Koalitionsvertrag geschafft hat, haben CDU/CSU und SPD vereinbart, das BAföG zu erhöhen. Ich bin ehrlich gesagt schon ein wenig stolz darauf, dass das nach Jahren der schwarz-gelben Durststrecke und trotz der Schwierigkeiten in dieser Koalition gelingt.

Einige weitere, nicht nur mit dem Haushalt verbundene Entwicklungen greife ich in diesem Report auf – auch kritische Aspekte, denn die Arbeit mit der CDU/CSU ist wahrlich sehr schwierig. Wer Nachfragen und Gesprächsbedarf hat, kann sich wie immer gerne an mich wenden.

Mit den besten Grüßen

Swen Schulz, MdB

Besucht mich auch auf meiner Internetseite unter www.swen-schulz.de oder wir treffen uns bei www.facebook.com/swenschulz.



Von Mindestlohn und Mietpreisbremse

Es ist wirklich schwierig mit CDU und CSU. Und das ist noch diplomatisch ausgedrückt. Nur zwei aktuelle Beispiele: Mietpreisbremse und Mindestlohn.

Immer wieder, angefangen bei den Koalitionsverhandlungen, dann im Vorfeld der Einbringung des Gesetzentwurfes und später dann im Gesetzgebungsverfahren, haben maßgebliche Vertreter von CDU und CSU den Mindestlohn attackiert und Einschränkungen sowie Ausnahmen gefordert. Zum Teil haben sie sich durchgesetzt.

Ich will das hier nicht im Detail erörtern – und natürlich ist unter dem Strich dieses Gesetz besser als kein Gesetz. Worum es mir hier geht, ist das Prinzip: Die Union hat – kaum – eigene Ziele oder Anliegen. Anscheinend will Frau Merkel eigentlich, dass gar nichts passiert. Die SPD ist die treibende Kraft für Veränderungen, für Verbesserungen. Und die werden dann so nachhaltig torpediert, dass manchmal zu befürchten ist, dass das Ergebnis nicht befriedigend ist.

Noch unklar ist, wie es bei der Mietpreisbremse ausgeht. Ausgerechnet der Berliner CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak sorgt als zuständiger Mann der CDU/CSU-Fraktion dafür, dass bis heute das Gesetz nicht auf den Weg gebracht werden konnte: Ihm passt die ganze Richtung nicht, will zeitliche und räumliche Begrenzungen, will die Handlungsspielräume der Länder bei der Mietpreisbremse einengen und sieht gar nicht ein, dass die Makler vielleicht von Vermietern bezahlt werden sollen (da er selbst in der Immobilienwirtschaft tätig ist, überrascht mich das nicht).

Da stelle ich mir doch die Frage, wann eigentlich mal die Berliner CDU, die sich doch so sozial, großstädtisch und modern gibt, einmal einschreitet?

Wenn das so weitergeht, ist ein ordentlicher Krach innerhalb der Koalition nicht weit – und ein großer Knall nicht ausgeschlossen. Wir jedenfalls dürfen uns das so nicht lange bieten lassen.



Städtebauförderung: Mehr für Spandau!

Die von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzte Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung kommen schon in diesem Jahr auch in Berlin und in Spandau an. Das Abgeordnetenhaus von Berlin konnte nun beschließen, dass 2014 über 20 Millionen Euro mehr eingesetzt werden können. Eine der größeren vorgesehenen Maßnahmen: Die Siegerland-Grundschule im Falkenhagener Feld erhält für einen benötigten Ergänzungsbau 1,5 Millionen Euro. Hinzu kommen an verschiedenen Stellen Berlins Maßnahmen für den Denkmalschutz, die Soziale Stadt sowie Unterstützung von Zentren. Wichtig dabei ist übrigens, dass nun nicht mehr das Geld nur in Bauten, sondern auch in soziale Projekte investiert werden kann.



Post in Haselhorst

Die Post in Haselhorst wird wieder über eine Partner-Filiale mit den wichtigsten Post- und sogar mit Bank-Dienstleistungen vor Ort sein. Diese gute Neuigkeit konnten der Haselhorster Abgeordnete Daniel Buchholz und ich auf der Kiezversammlung vor Ort verkünden. Gemeinsam mit den Haselhorster Bürgern hatten wir uns sehr dafür eingesetzt, dass die Post in Haselhorst bleibt. Kurz vor der Versammlung, zu der wir eingeladen hatten, bekamen wir eine entsprechende schriftliche Zusage der Post.

Glücksspiel

Nach Plänen der Bundesregierung wird im Herbst eine neue Spielverordnung erlassen. Daniel Buchholz und ich hatten uns auf den unterschiedlichen Ebenen dafür eingesetzt, dass das Glücksspiel eingedämmt wird. Die künftige Verordnung kommt unseren Vorstellungen schon sehr entgegen, weil dadurch das Glücksspiel eingeschränkt wird. Sie lässt aber auch noch Raum, mehr zu fordern: So sollte die erlaubte Anzahl von Automaten in Gaststätten weiter reduziert, am besten ganz gestrichen werden.

Schnelles Internet für Spandau

Vor Jahren hatte ich bereits Kontakt mit der Telekom aufgenommen, weil es in der Wasserstadt Probleme mit dem Internet gab. Nun kam die Zusage: Das Glasfasernetz wird ausgebaut und Schritt für Schritt endlich ein schnelles Internet für alle möglich; Start ist in der Wasserstadt.



Abschied von Werner Salomon



Mit einer bewegenden Trauerfeier haben viele Menschen unserem Alt-Bürgermeister und Ehrenvorsitzenden Werner Salomon die letzte Ehre erwiesen. Werner hatte mich noch persönlich darum gebeten, neben Pfarrer Augustat und Bürgermeister Kleebank eine Trauerrede zu halten.

Werner Salomon war ein außergewöhnlicher Mann, dem Spandau, die SPD und viele Bürgerinnen und Bürger viel verdanken. Sein Engagement für die Menschen auch und gerade im Ruhestand, ist beispielgebend.

Er ist nicht zu ersetzen – sein Tod schmerzt.

Stadtteilbibliothek am Halemweg

Eine Aktion zur Rettung der Stadtteilbibliothek am Halemweg riefen der Abgeordnete für Charlottenburg Nord Frédéric Verrycken und ich ins Leben. Am 18. November 1962 eröffnet, versorgt die Stadtteilbibliothek am Halemweg die Bevölkerung im Norden des Bezirks seit dem mit Büchern und anderen Medien. Geht es nach der Kulturstadträtin Dagmar König (CDU) könnte diese Institution wegen Personalproblemen bald in privaten, statt in den Händen von Land und Bezirk liegen. Welche Zukunft dieser Bibliotheksstandort im Charlottenburger Norden dann noch hat, ist fraglich. Wir wollen aber das öffentliche Angebot garantieren.

Einschränkung des X34?



Die BVG hat mich um Hilfe gebeten: Weil die Straße vor der Kaserne Hottengrund in so schlechtem Zustand ist, muss die BVG vielleicht bald ihre Busse schon Alt-Kladow halten lassen. Das Problem: Die Straße dort gehört dem Bund, und der will sie nicht instandsetzen. Ich habe mich nun an Verteidigungsministerin von der Leyen sowie den Senat gewandt und um Lösung gebeten – im Interesse aller Kladower und Bundeswehr-Beschäftigten, die den Bus nutzen.

Termine

Dienstag, den 23.09.2014, 19.00 Uhr, „Sterbehilfe – würdiges Sterben“, Fraktion vor Ort u. a. mit Franz Müntefering, Swen Schulz, Cansel Kiziltepe und Pfarrer Christian Moest. Kulturzentrum gemischtes, Sandstr. 41, 13593 Berlin. Anmeldung und Infos unter Tel.: 227 70 187.

Weitere Termine u. a. für Bürgersprechstunden und Kümmertouren können Sie erfragen unter Tel.: 36 75 70 90.

